



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

4. Sitzung

5. Wahlperiode

Donnerstag, 19. Oktober 2006, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsident Andreas Bluhm

Inhalt	Änderungsantrag der Fraktion der NPD
	– Drucksache 5/45 – 4
	Michael Andrejewski, NPD (zur Geschäftsordnung) 4
Änderung der Tagesordnung 3	Lorenz Caffier, CDU (zur Geschäftsordnung) 4
Stefan Köster, NPD (zur Geschäftsordnung) 3	Sylvia Bretschneider, SPD 4
Lorenz Caffier, CDU (zur Geschäftsordnung) 3	Stefan Köster, NPD (zur Geschäftsordnung) 5, 6
Beschluss 4	Beschluss 6
	Udo Pastörs, NPD 7, 10, 11
	Lorenz Caffier, CDU 8, 10, 11
Erweiterung der Tagesordnung gemäß § 74 GO LT 4	Michael Roolf, FDP 11
Beschluss 4	Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS 12
	Reinhard Dankert, SPD 13
	Beschluss 14, 18
Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und Linkspartei.PDS: Entwurf eines 13. Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtages von Mecklenburg- Vorpommern (Abgeordnetengesetz) – 13. ÄndG AbgG M-V – (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 5/10 – 4	Michael Andrejewski, NPD (zur Geschäftsordnung) 15
	Lorenz Caffier, CDU (zur Geschäftsordnung) 15
	Udo Pastörs, NPD (zur Geschäftsordnung) 15
	Beschluss 15
Beschlussempfehlung und Bericht des vorläufigen Ausschusses – Drucksache 5/36 – 4	Michael Andrejewski, NPD (zur Geschäftsordnung) 15
	Beschluss 16, 19

**Beschlussempfehlung des
vorläufigen Ausschusses****Aufhebung der Immunität eines Mitgliedes
des Landtages Mecklenburg-Vorpommern****hier: Genehmigung zur Fortsetzung des
Strafverfahrens gegen das Mitglied
des Landtages Stefan Köster
gemäß Schreiben des Vorsitzenden
Richters am Landgericht Itzehoe
vom 13. Oktober 2006****Az.: 3 Ns 135/06**

– Drucksache 5/37 – 16

B e s c h l u s s 16**Nächste Sitzung**

Mittwoch, 6. Dezember 2006 17

Beginn: 9.04 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich begrüße Sie zur 4. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet.

Die in der vergangenen Landtagssitzung mitgeteilte Tagesordnung liegt Ihnen vor. Hierzu liegt mir schriftlich ein Antrag der Fraktion der NPD vor, die Zweite Lesung und Schlussabstimmung zum Entwurf eines 13. Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern von der Tagesordnung abzusetzen. Seitens der Fraktion der NPD ist signalisiert worden, dass dieser Geschäftsordnungsantrag begründet werden möchte. Ich weise daraufhin, dass für Geschäftsordnungsanträge eine maximale Redezeit von drei Minuten vorgesehen ist.

Das Wort hat jetzt ein Mitglied der Fraktion der NPD.

(Stefan Köster, NPD: Ich heiße Stefan Köster.)

Herr Köster, die Begründung von Geschäftsordnungsanträgen erfolgt von den Saalmikrofonen. Bitte.

Stefan Köster, NDP (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Den Antrag auf Absetzung des zuvor genannten Tagesordnungspunktes möchte ich im Namen meiner Fraktion wie folgt begründen: Unserer Ansicht nach ist die Erste Lesung fehlerhaft durchgeführt worden. Wie Sie wissen, haben wir diesbezüglich ein Organstreitverfahren vor dem Landesverfassungsgericht in Gang gesetzt.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Und verloren!)

Der Erlass einer einstweiligen Anordnung zur Absetzung der Zweiten Lesung ist nur deshalb nicht ergangen, weil das Gericht nicht in die Autonomie des Landtages eingreifen wollte. Gleichwohl hat das Landesverfassungsgericht in seinem Beschluss vom gestrigen Tage unmissverständlich darauf aufmerksam gemacht, dass es sich um eine schwierige verfassungsrechtliche Frage handelt, welche die NPD-Fraktion zur Entscheidung vorgelegt hat. Das Ansehen des Landtages als gesetzgebendes Verfassungsorgan des Landes Mecklenburg-Vorpommern hat durch die ignorante Vorgehensweise der Präsidentin und der Mehrheit bereits Schaden genommen. Der Landtag wäre gut beraten, die Zweite Lesung des 13. Änderungsgesetzes zum Abgeordnetengesetz selbstständig von der Tagesordnung abzusetzen.

Zwischenzeitlich haben auch namhafte Verfassungsrechtler erhebliche Bedenken, auch hinsichtlich wesentlicher Inhalte dieses 13. Änderungsgesetzes zum Abgeordnetengesetz mitgeteilt.

(Heiterkeit und Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Eine Absetzung von der Tagesordnung könnte bewirken, dass das mit offensichtlich heißer Nadel gestrickte 13. Änderungsgesetz zum Abgeordnetengesetz sauber und verfahrenskorrekt in einer Ersten Lesung erneut beraten werden kann. Insoweit besitzt der Landtag die Möglichkeit, mit der Absetzung von der Tagesordnung eine Blamage vor dem Verfassungsgericht zu verhindern.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie nachdrücklich um Unterstützung unseres Antrages. Bedenken Sie bitte,

dass wir alle als gewählte Vertreter des Volkes gemeinsam Verantwortung für Gesetzgebungsverfahren tragen. Sollten Sie gleichwohl an der Zweiten Lesung festhalten, so kündige ich bereits jetzt im Namen meiner Fraktion Änderungsanträge an. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der NDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, für die Art und Weise Ihres Vortrages und das Benutzen unparlamentarischer Ausdrücke wie „ignorant“ erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und CDU –
Stefan Köster, NPD: Meinungsfreiheit! Meinungsfreiheit! Das Recht des Abgeordneten! –
Dr. Till Backhaus, SPD: Das war eine Kritik an der Präsidentin!)

Gibt es Wortmeldungen zur Gegenrede? – Bitte.

Lorenz Caffier, CDU (zur Geschäftsordnung): Meine Damen und Herren Abgeordneten! Das Landesverfassungsgericht hat gestern eine Entscheidung getroffen. Diese Entscheidung sagt aus, dass die Landtagssitzung heute ordnungsgemäß einberufen und durchgeführt werden kann und die bis dato getroffenen Entscheidungen auch ordnungsgemäß sind.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich muss es hier deutlich sagen: Wir sind schon sehr erstaunt, wenn wir gestern eine ordnungsgemäße Ausschusssitzung durchführen, in der das Gesetz in seiner Form, wie es vorliegt, beraten wird, um dementsprechend dann auch im Landtag eingebracht zu werden. Es ist kein einziger Änderungsantrag der NPD in der Ausschussberatung gestellt worden.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Es ist keine Form der Beteiligung an der Beratung an dem Gesetz durch die NPD wahrgenommen worden. Insofern halten wir Änderungsanträge zwar für bedenklich, Sie können sie auch gerne stellen, aber die Gesetze werden in den Ausschüssen beraten und dies ist ordnungsgemäß erfolgt.

Im Übrigen können wir sehr erstaunt zur Kenntnis nehmen, dass Sie uns Schreiben schicken, dass wir Ihnen sofort Geld zur Verfügung stellen sollen, damit Sie ordnungsgemäß arbeiten können,

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD
und Linkspartei.PDS – Heiterkeit bei
Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS –
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Sehr richtig.)

aber Sie offensichtlich noch nicht wahrgenommen haben, dass überhaupt die Grundlage, um Geld zur Verfügung zu stellen, das Abgeordnetengesetz ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und
Linkspartei.PDS – Rudolf Borchert, SPD,
und Dr. Armin Jäger, CDU: Hört! Hört! –
Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Auch das gehört zum Prinzip der Rechtsstaatlichkeit

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

und deswegen stimmen wir gegen Ihren Antrag auf Absetzung.

(Beifall bei Abgeordneten der
SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön.

Ich lasse nun über den Antrag der NPD abstimmen. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD bei Zustimmung der NPD und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion der Linkspartei.PDS und der Fraktion der FDP abgelehnt.

Meine Damen und Herren, Ihnen liegt auf Drucksache 5/37 eine Beschlussempfehlung des vorläufigen Ausschusses „Aufhebung der Immunität eines Mitgliedes des Landtages Mecklenburg-Vorpommern“ vor. Gemäß Paragraf 74 unserer Geschäftsordnung schlage ich vor, die Beratung der Beschlussempfehlung auf die heutige Tagesordnung zu setzen. Hierfür ist nach Paragraf 74 Ziffer 1 der Geschäftsordnung die Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages erforderlich. Wer der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Erweiterung der Tagesordnung einstimmig zugestimmt worden.

Ich gehe davon aus, dass wir diese Vorlage am Schluss der heutigen Sitzung als Tagesordnungspunkt 2 behandeln. Gibt es dazu Widerspruch? – Das sehe und höre ich nicht, dann ist das so beschlossen. Damit ist die Tagesordnung der 4. Sitzung gemäß Paragraf 74 unserer Geschäftsordnung erweitert.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich unserem Kollegen Volker Schlotmann ganz herzlich zu seinem heutigen 50. Geburtstag gratulieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP – Gratulationen)

Meine Damen und Herren, ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1:** Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Fraktionen der SPD, CDU und Linkspartei.PDS – Entwurf eines 13. Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 5/10, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des vorläufigen Ausschusses, Drucksache 5/36.

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und Linkspartei.PDS: Entwurf eines 13. Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern (Abgeordnetengesetz) – 13. ÄndG AbgG M-V –
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– **Drucksache 5/10 –**

Beschlussempfehlung und Bericht des vorläufigen Ausschusses
– **Drucksache 5/36 –**

Änderungsantrag der Fraktion der NPD
– **Drucksache 5/45 –**

Herr Andrejewski, Sie möchten einen Geschäftsordnungsantrag einbringen?

Michael Andrejewski, NPD (zur Geschäftsordnung): Ja, und zwar mehrere.

Ich beantrage gemäß Paragraf 50 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung eine getrennte Abstimmung über fol-

gende Teile des Gesetzesentwurfes: Artikel 1 Nummer 9 soll als selbstständiger Teil abgestimmt werden,

(Reinhard Dankert, SPD: Machen wir.)

die Artikel 2 und 3 sollen zusammen als selbstständiger Teil abgestimmt werden und der restliche Entwurf soll dann abgestimmt werden, in dieser Reihenfolge.

Weiterhin beantragen wir zu Artikel 1 Nummer 9 und zu den Artikeln 2 und 3 zusammen namentliche Abstimmungen. Und wir beantragen gemäß Paragraf 51 unserer Geschäftsordnung die Abtrennung der Schlussabstimmung von der letzten Lesung.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Das Wort zur Gegenrede wird gewünscht.

Bitte, Herr Caffier.

Lorenz Caffier, CDU (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Wir möchten den Abgeordneten darauf aufmerksam machen, dass solche Anträge zum Schluss der Aussprache gestellt werden. So steht es in dem Paragrafen. Schluss der Aussprache ist meines Wissens noch nicht, weil Sie die Aussprache noch nicht eröffnet haben. Also er kann den Antrag jetzt stellen, braucht ihn aber nachher nicht noch einmal zu stellen, denn er wurde am falschen Punkt gestellt.

(Stefan Köster, NPD: Wir wollten es nur frühzeitig für Sie machen, damit Sie darauf vorbereitet sind. – Heiterkeit bei Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Wir werden den gestellten Geschäftsordnungsantrag zur rechten Zeit einordnen und mit bearbeiten.

Zu Beschlussempfehlung und Bericht ist anzumerken, dass hierfür die von unserer Geschäftsordnung in Paragraf 73 Absatz 2 geregelten Fristen für die Vorlage von Beschlussempfehlungen und Berichten nicht eingehalten werden konnten. Gemäß Paragraf 73 Absatz 2 Geschäftsordnung des Landtages ist allerdings eine Beratung der Beschlussempfehlung möglich, wenn nicht ein Viertel der Mitglieder des Landtages widerspricht. Ein Widerspruch liegt mir nicht vor, dann werden wir so verfahren.

Gemäß Paragraf 49 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages können Berichterstatter ergänzend zum vorliegenden schriftlichen Bericht zu Beginn der Zweiten Lesung über die Ausschussberatung berichten.

Das Wort zur Berichterstattung hat die Abgeordnete und Vorsitzende des vorläufigen Ausschusses Frau Bretschneider.

Sylvia Bretschneider, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit seinem Beschluss in der konstituierenden Sitzung hat der Landtag Mecklenburg-Vorpommern einen vorläufigen Ausschuss gemäß Paragraf 9 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung eingesetzt, der bis zur Einsetzung der ständigen Ausschüsse deren Aufgaben wahrnimmt. In der 3. Sitzung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern wurde dem vorläufigen Ausschuss der Entwurf eines 13. Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern zur Beratung überwiesen. Der vorläufige Ausschuss führte am 18. Oktober 2006 seine erste Sitzung durch und hat nach seiner Konstituierung den Gesetzentwurf ausführlich beraten.

Es sei mir gestattet, zunächst noch einmal auf die Dring-

lichkeit einer zügigen Beratung und Beschlussfassung des Gesetzentwurfes hinzuweisen, die sich aus den verfassungsrechtlichen Vorgaben einerseits und den aktuellen politischen Veränderungen andererseits ergibt. Mein Kollege Lorenz Caffier hat bereits darauf hingewiesen.

Im Rahmen der Beratungen wurde insbesondere von den Vertretern der Fraktionen der SPD, CDU und Linkspartei.PDS darauf verwiesen, dass offene Fragen in Bezug auf die Grundentschädigung der Abgeordneten, die Erstattung von Aufwendungen für Mitarbeiter der Mitglieder des Landtages, der Neuregelung der Fraktionsfinanzierungen sowie die Vorschriften hinsichtlich der Zuverlässigkeit von Mitarbeitern der Mitglieder des Landtages dringend einer Lösung bedürfen.

Die Fraktionen der SPD, CDU und Linkspartei.PDS haben zu Beginn der Beratungen im vorläufigen Ausschuss einen Änderungsantrag zum Gesetzentwurf auf Drucksache 5/10 vorgelegt. Der übergroße Anteil der beantragten Änderungen bezieht sich auf die redaktionellen Anpassungen des Gesetzentwurfes in Bezug auf die Vorgaben der Rechtsförmlichkeit. Darüber hinaus sieht der Änderungsantrag eine Konkretisierung in Bezug auf den Zeitpunkt, ab dem die Rechte und Pflichten eines in den Landtag gewählten Beamten aus seinem Dienstverhältnis ruhen, vor. Ebenso enthält der Änderungsantrag eine Neufassung der Vorschrift zum Inkrafttreten des Gesetzentwurfes sowie Ergänzungen in den Paragraphen 9 und 53 mit Hinweisen auf weitergehende Regelungen in den Ausführungsbestimmungen nach Paragraph 58 Abgeordnetengesetz.

Der von den Fraktionen der SPD, CDU und Linkspartei.PDS vorgelegte Änderungsantrag wurde hinsichtlich seiner Zielrichtung von allen Mitgliedern des vorläufigen Ausschusses begrüßt und einvernehmlich bei einer Stimmenthaltung des Vertreters der Fraktion der NPD angenommen. Der Vertreter der Fraktion der NPD machte im Verlauf der Beratungen deutlich, dass seine Fraktion den vorgelegten Gesetzentwurf grundsätzlich ablehne.

Mit der Verabschiedung des Gesetzentwurfes entsprechend der Beschlussempfehlung wird der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des 13. Änderungsgesetzes geltende Betrag der monatlichen Besoldung für einen verheirateten Vorsitzenden Richter am Landgericht im Alter von 40 Jahren mit zwei Kindern als Grundentschädigung der Mitglieder des Landtages festgesetzt. Für die Aufwandsersatzungen und für die Entschädigungen nach dem Abgeordnetengesetz werden differenzierte Anpassungsregelungen vorgesehen. Die Personalkostenerstattung nach Paragraph 9 Absatz 4 wird entsprechend der Lohnentwicklung im öffentlichen Dienst angepasst. Gleichzeitig werden die Grundsätze der Fraktionsfinanzierung im Abgeordnetengesetz spezifiziert und es werden die Anforderungen an Fraktionsmitarbeiter präzisiert. Daneben enthält der Gesetzentwurf noch Anpassungen im Zusammenhang mit der Verlängerung der Wahlperiode auf fünf Jahre und eine klarstellende Abgrenzung zwischen Übergangsgeld und Altersversorgung. Der vorläufige Ausschuss empfiehlt dem Landtag mehrheitlich bei einer Gegenstimme der NPD, den Gesetzentwurf auf Drucksache 5/10 entsprechend der Beschlussempfehlung auf Drucksache 5/36 anzunehmen. Ich bitte Sie, der vorliegenden Beschlussempfehlung zuzustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Bretschneider.

Es sind jetzt die Änderungsanträge der Fraktion der NPD eingegangen. Ich unterbreche die Landtagssitzung für eine Stunde.

Unterbrechung: 9.21 Uhr

(Die Dauer der Unterbrechung wird zwischenzeitlich verlängert.)

Wiederbeginn: 11.02 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich eröffne die unterbrochene Sitzung.

Wir befinden uns immer noch im Tagesordnungspunkt 1. Es liegt mir jetzt ein Änderungsantrag der NPD vor, der in Kürze verteilt wird, auf den ich dann zurückkommen werde.

Im Ältestenrat haben die Fraktionen der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten beantragt. Die Fraktion der NPD hat nunmehr schriftlich eine Aussprache mit einer Dauer von insgesamt 120 Minuten beantragt und signalisiert, dass sie diesen Geschäftsordnungsantrag begründen möchte.

Ich erteile das Wort zur Begründung.

Stefan Köster, NPD (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Parteien, die hier immer im Block abstimmen,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Die Fraktionen bitte! Wenn schon, denn schon!)

die Vertreter der Parteien, die Vertreter der Fraktionen, die hier immer im Block abstimmen, möchten das Abgeordnetengesetz binnen 30 Minuten durchwinken. Wir halten angesichts dessen, dass eine Gesetzesberatung auch in der Zweiten Lesung durchaus inhaltlich ausgehen soll, 30 Minuten echt für einen Hohn für die Demokratie. Wir beantragen, wie bereits gesagt, 120 Minuten Redegesamtzeit, weil nach unserer Ansicht

(Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

die Miniredezeit gegen den Artikel 22 Absatz 2 der Landesverfassung verstößt.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Haben Sie das im Ausschuss geäußert?)

Dort heißt es, Sie werden ihn sicherlich kennen, manche vielleicht nicht, vielleicht sollten Sie sich den dann einmal anschauen: „Die Abgeordneten haben das Recht, im Landtag und in seinen Ausschüssen das Wort zu ergreifen sowie Fragen und Anträge zu stellen.“

(Heike Polzin, SPD: Auch in den Ausschüssen. – Zurufe von Mathias Brodtkorb, SPD, Jörg Heydorn, SPD, und Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Sie wollen das Rederecht dahin gehend einschränken, dass das Abgeordnetengesetz von der NPD binnen drei Minuten inhaltlich auseinandergenommen werden soll. Das nennen Sie Demokratie?! Für uns ist das eine Pseudodemokratie.

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Scheuen Sie sich vor der argumentativen Auseinandersetzung mit uns? Frau Gramkow sagte vorhin schön in

der Pause, wir hätten inhaltlich nichts zu bieten.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS – Reinhard Dankert, SPD: Sie sollen Ihren Antrag begründen! – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Frau Gramkow, Sie haben die Dinger nicht gelesen. Vielleicht sollten Sie Ihre Brille einmal benutzen!

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, bitte begründen Sie den Geschäftsordnungsantrag.

Stefan Köster, NPD (zur Geschäftsordnung): Ich begründe, warum wir 120 Minuten haben möchten.

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU)

Wir möchten knallhart aufgreifen, wie Sie das Abgeordnetengesetz ändern zugunsten zum Beispiel der SPD-Fraktion, die zehn Abgeordnete verloren hat, gleiches Geld aber mit der Fraktionszuweisung erhalten möchte. Das ist ein Hohn für die Menschen, die draußen sind.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Das stimmt gar nicht. Das stimmt doch gar nicht.)

Sie kürzen sich ein wenig, aber verhältnismäßig kürzen Sie Ihre Fraktionsmittel nicht um den Betrag, wie er sein müsste.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS – Volker Schlotmann, SPD: Das ist keine Begründung.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, Sie haben die Möglichkeit ...

Stefan Köster, NPD (zur Geschäftsordnung): Meine Damen und Herren, es ist Ihnen doch unbenommen, die Argumente der NPD-Fraktion mit Ihren Argumenten zu widerlegen. Sie machen es nie.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Das machen wir gerade.)

Ich befürchte, das können Sie auch nicht. Nur deshalb erklären Sie, dass hier eine Redezeit von 30 Minuten angemessen sein soll.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Was haben sie denn da wieder aufgeschrieben?)

Ja, Herr Jäger, das hat Sie nicht zu interessieren.

(Heiterkeit und Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Ich rede nicht mit Ihnen, ich rede mit der Präsidentin. – Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Unerhört! – Beate Schlupp, CDU: Oh!)

Das Parlament als Ort der politischen Willensbildung sollte der Ort sein, an dem ausreichend über Gesetzesinitiativen und Gesetzesänderungen diskutiert werden kann.

(Zurufe von Volker Schlotmann, SPD, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Es ist mir schleierhaft, warum Sie vor der Diskussion und vor der politischen Willensbildung Angst haben.

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU – Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Haben wir nicht.)

Sie sollten ehrlich einmal im Ernst darüber nachdenken, welchen Sinn überhaupt ein Parlament hat.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Im Parlament soll diskutiert, sollen die Argumente ausgetauscht werden und danach abgestimmt werden. Ich habe das Gefühl, dazu sind Sie offenbar nicht in der Lage.

(Reinhard Dankert, SPD: Sie sorgen hier nur für Pausen.)

Wir beantragen, wie gesagt, die 120 Minuten. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Wird das Wort zur Gegenrede gewünscht?

(Udo Pastörs, NPD: Natürlich nicht!)

Das ist nicht der Fall.

(Stefan Köster, NPD: Stimmen wir im Block ab!)

Ich lasse dann über den Antrag der NPD abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? –

(Udo Pastörs, NPD: Volkskammer!)

Danke.

(Volker Schlotmann, SPD: Demokratienfeind!)

Stimmenthaltungen? –

(Udo Pastörs, NPD: Pseudodemokrat!)

Das ist nicht der Fall.

(Stefan Köster, NPD: Diktatur der Kapitalisten! – Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU)

Damit ist der Antrag der NPD abgelehnt mit den Stimmen der Fraktionen dieses Hohen Hauses bei Zustimmung der Fraktion der NPD.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich lasse nun darüber abstimmen, ob eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten erfolgen soll. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke. Damit beträgt die Dauer der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt 30 Minuten. Das Stimmergebnis ist Zustimmung

(Udo Pastörs, NPD: Dann schaffen Sie doch die Aussprache ganz ab! Ganz abschaffen, keine Redezeiten!)

der Fraktionen dieses Hauses bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD.

Es liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/45 vor. Ich gehe davon aus, dass dieser Änderungsantrag verteilt ist.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Exakt.)

Die Fraktion der NPD hat beantragt, zu dem von ihr eingebrachten Änderungsantrag eine Redezeit von drei Minuten zur Begründung des Antrages eingeräumt zu bekommen. Ich weise darauf hin, dass die Möglichkeit zur Begründung von Änderungsanträgen im Rahmen der beschlossenen Redezeit besteht.

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Noch.)

Ein darüber hinausgehendes Recht zur Begründung von Änderungsanträgen sieht unsere Geschäftsordnung nicht vor und war bisher auch nicht Praxis in diesem Parlament. Ungeachtet dessen lasse ich jetzt darüber abstimmen. Wer dem Geschäftsordnungsantrag der Fraktion der NPD zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? –

(Udo Pastörs, NPD: Volkskammer! –
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Das wird ja langsam langweilig. –
Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS:
Langweilig!)

Danke. Stimmenthaltungen? –

(Heiterkeit bei Dr. Till Backhaus, SPD:
Haben Sie da jemanden? Da waren Sie ja
gar nicht drin. Waren Sie da jemals?)

Das ist nicht der Fall. Damit ist der Geschäftsordnungsantrag abgelehnt mit den Stimmen der Fraktionen dieses Hauses bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD.

Meine Damen und Herren, es liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/45 vor. Ich gehe davon aus, dass auch dieser bereits verteilt ist.

(Reinhard Dankert, SPD, Dr. Armin Jäger, CDU,
und Michael Andrejewski, NPD: Ja.)

Ich gehe davon aus, dass dieser Antrag die Änderungsanträge ersetzt. Ist das so?

(Michael Andrejewski, NPD: Das ist so.)

Ist das so, dass er jetzt alle Änderungsanträge ersetzt? Ich frage das noch einmal.

(Michael Andrejewski, NPD:
Er ersetzt alle Änderungsanträge.)

Danke schön.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Dann machen
wir das hier ja alles vollkommen umsonst. –
Michael Andrejewski, NPD: Umsonst nicht. –
Zurufe von Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS,
und Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

So, meine Damen und Herren, ich eröffne damit die Aussprache.

Das Wort zur Aussprache erteile ich dem Abgeordneten Pastörs von der Fraktion der NPD.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

(Vizepräsident Andreas Bluhm
übernimmt den Vorsitz.)

Herr Caffier, zu Ihnen: Sie irren, wir haben noch ein Abgeordnetengesetz und danach kann man handeln.

Ich komme aber zu meinem eigentlichen Thema. Die Diäten sollen also auf 4.464,65 Euro erhöht werden und danach sollen sie sich jährlich automatisch erhöhen. Wahrscheinlich deshalb, weil Sie eine erneute Aussprache über diesen Gegenstand scheuen wie der Teufel das Weihwasser, meine Damen und Herren. Die Kostenpauschale nach Paragraph 9 Absatz 1 wird ebenfalls automatisch zum 1. Januar 2008, Januar 2009, Januar 2010, Januar 2011 ohne Debatte, sozusagen geräuschlos, von der Öffentlichkeit unbemerkt an die Teuerungsrate

gekoppelt, also erhöht werden.

Ich erinnere mich: Die PDS-Kommunisten

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS,
und Regine Lück, Die Linkspartei.PDS:
Linkspartei! – Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Die Kommunisten, die von Ihren
Vorgängern umgebracht wurden.)

gingen noch vor wenigen Wochen mit dem Propagandasprüchlein auf Dummenfang: „Nichts ist größere Ungerechtigkeit als geheuchelte Gerechtigkeit.“, meine Damen und Herren. Pfui Teufel, kann ich da nur sagen!

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD –
Volker Schlotmann, SPD: Da
wissen Sie ja, wovon Sie reden. –
Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS:
Ja wo liegt denn nun die Heuchelei?! – Zurufe
von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS,
und Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Wenn ich an das Durchschnittseinkommen eines schwer arbeitenden Menschen im Rostocker Hafen, an den Stundenlohn eines Leiharbeiters oder gar an die zehntausenden Hartz-IV-Empfänger denke und dies ins Verhältnis setze zu dem, was Sie sich, meine Damen und Herren von den Blockparteien, hier heute genehmigen wollen,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Das verbitte ich mir!)

wird mir speiübel.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Was glauben Sie eigentlich, wie lange Sie dieses Spiel noch treiben können

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Wer schreit hat keine Argumente.)

in einem Land, wo über 50.000 Menschen ihre Kfz-Steuer nicht mehr bezahlen können, aber dringend auf ein Fahrzeug zum Broterwerb angewiesen sind,

(Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

wo von über 13.000 Lehrern circa 8.000 schon über Jahre mit Teilzeitverträgen hingehalten werden, 5.600 Schüler in 2005 nicht versetzt werden konnten,

(Heiterkeit bei

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

in Mecklenburg-Vorpommern jede sechste Familie mittellos dasteht, 22.000 Kinder als verarmt gelten und Sie sich, ja, ich muss schon sagen, schamlos so die Taschen vollstopfen, dass sich zu Recht immer mehr Menschen von diesen Politbonzen abwenden, meine Damen und Herren?!

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Noch vor wenigen Tagen hörte man aus dem Munde der Frau Bretschneider, man müsse das verloren gegangene Vertrauen der Bürger zurückgewinnen. Frau Präsidentin, wir von der NPD sagen Ihnen: Wer ständig lügt, dem glaubt man nicht!

(Reinhard Dankert, SPD: Deswegen
glauben wir Ihnen ja auch nicht.)

Und es wird Ihre und es wird unsere Aufgabe sein, dafür zu sorgen, dass der Landtag in Schwerin nicht zum Augiasstall verkommt.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Pastörs, kommen Sie zum Schluss, Ihre Redezeit ist beendet.

Udo Pastörs, NPD: Ich komme zum Ende.

Sie nutzen schamlos wenige Wochen nach der Wahl die Mehrheitsverhältnisse, um sich auf Kosten der schaffenden Menschen zu bereichern.

Abgesehen von meinen zuvor gemachten Ausführungen bleibt festzuhalten, dass das ganze hier beratene Gesetz verfassungswidrig ist,

(Volker Schlotmann, SPD: Das können Sie ja nicht entscheiden.)

da in der Landesverfassung klar geregelt ist, dass nicht die Landespräsidentin, sondern der Ministerpräsident unter Mitzeichnung der beteiligten Minister die Gesetze ausfertigt ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Pastörs, beenden Sie bitte Ihren Satz, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Udo Pastörs, NPD: ... und im Gesetz- und Verordnungsblatt verkünden lässt. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie, den Gesetzentwurf in der jetzigen Fassung abzulehnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Pastörs, für den erneuten Gebrauch des Begriffes „Blockparteien“ für die Abgeordneten dieses Hauses erteile ich Ihnen wie schon die Präsidentin in der vorangegangenen Sitzung einen Ordnungsruf. Weitere Bemerkungen werden sicherlich zu prüfen sein.

(Udo Pastörs, NPD: Prüfen Sie!)

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Caffier. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Lorenz Caffier, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Am Montag hat ein Kollege von mir schon einmal gesagt, dass nicht unbedingt Lautstärke den Inhalt der Rede bestimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP – Zurufe von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS, und Udo Pastörs, NPD)

Zweite Bemerkung: Sie erwähnen so häufig die Volkskammer. Es gibt in diesem Haus noch den einen oder anderen Abgeordneten, die die letzte frei gewählte Volkskammer mitmachen durften.

(Udo Pastörs, NPD: Ha, wer das glaubt, durften! – Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

Mitmachen durften! Ich sage das sehr deutlich. Darauf bin ich beispielsweise noch sehr stolz und einige andere Abgeordnete auch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU – Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Hört, hört!)

Wir haben nämlich überhaupt erst die Möglichkeit geschaffen, dass eine friedvolle Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 stattgefunden hat.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. – Udo Pastörs, NPD: Das waren die Menschen draußen!)

Und das lassen wir ...

(Udo Pastörs, NPD: Das waren nicht Sie, das waren die Menschen draußen in dieser Republik. – Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS, und Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Sie auf alle Fälle!)

Also, Herr Pastörs, ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Caffier, einen kleinen Moment bitte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ...

(Unruhe bei Abgeordneten der NPD – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe Sie hier aufzufordern, die Würde des Hauses zu achten und den Redner aussprechen zu lassen.

Bitte schön, Herr Caffier.

Lorenz Caffier, CDU: Herr Pastörs, wenn ich „wir“ sage, dann habe ich nicht gesagt „ich“, sondern „wir“, und wir sind die Menschen ...

(Udo Pastörs, NPD: Sie sind nicht die Menschen. Draußen sind die Menschen. Sie sind Nutznießer des real existierenden Kapitalismus und nicht mehr. – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Also, Herr Pastörs, Sie haben genügend Redezeit in den nächsten Wochen und Jahren, um Ihre Ausführungen dementsprechend inhaltlich voll zu untersetzen. Und da müssen auch Wort und Tat eine Einheit bei Ihnen bilden. Ich habe hier nur einen Brief von Ihnen vorliegen, in dem steht: „Des Weiteren ist erforderlich, uns schnellstmöglich Mitteilung darüber zu machen, wann die NPD-Fraktion Finanzmittel für den Monat Oktober erhält.“

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP – Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Hört, hört!)

Also das finde ich schon ganz erstaunlich. Und wenn Sie sagen, ...

(Udo Pastörs, NPD: Weil sie uns zustehen! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Uns?! Wer ist denn „uns“?

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Wasser predigen, Wein trinken. – Stefan Köster, NPD: Der Haushalt ist beschlossen. Den haben Sie doch beschlossen. – Udo Pastörs, NPD: Wir verlangen das, was Sie beschlossen haben. – Volker Schlotmann, SPD: Ja, das können Sie ja.)

Sie erzählen einmal,

(Zurufe von Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS, und Stefan Köster, NPD)

die Abgeordneten müssen ein Abgeordnetengesetz beschließen, es muss hinreichend diskutiert werden, und Sie erzählen, wir haben es schon beschlossen. Sie müssen sich einmal für eine Sprachformulierung entscheiden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Sie können nicht einmal einfordern, was die letzten Abgeordneten noch als Empfehlung mit auf den Weg gegeben

haben, jetzt haben wollen beziehungsweise nicht, denn die R2-Empfehlung kam vom letzten Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Es steht eben bei uns auch, dass der neue Landtag darüber zu entscheiden hat, was er als richtig empfindet, und das Abgeordnetengesetz zu verabschieden hat. Er hat auch zu entscheiden, in welcher Höhe die Abgeordneten ihre Bezüge erhalten und was letztendlich den Fraktionen an Finanzierung zusteht.

Herr Pastörs, eine Frage hätten wir natürlich noch, da uns im Rahmen der Einbringung vorgeworfen wurde, dass Sie keine Möglichkeit haben, sich hinreichend darzustellen. Also da es diese Woche ja erst gewesen ist, kann ich mich daran entsinnen, dass Sie am Montag an der Einbringung des Gesetzes nicht teilgenommen haben, weil Sie rausgegangen sind. Wer rausgeht, kann sich natürlich an der Aussprache nicht beteiligen. Das ist nun einmal so.

(Michael Andrejewski, NPD, und
Stefan Köster, NPD: Weil die Sitzung illegal war.)

Die können Sie zwar draußen führen, aber nicht im Parlament. Dann können Sie sich hinterher nicht beschweren, dass Sie nicht die Möglichkeit haben, sich zu artikulieren. Also die Möglichkeit hatten Sie schon am Montag und hatten Sie gestern im Ausschuss. Der Ausschuss berät nun einmal ein Gesetz in diesem Landtag. Da habe ich Ihren Vertreter nicht wahrgenommen, außer dass er eingebracht hat, was er ablehnt.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Caffier, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Pastörs?

Lorenz Caffier, CDU: Am Ende meiner Ausführungen, weil ich sowieso eine Frage an Sie habe.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Am Ende.

Lorenz Caffier, CDU: Die letzte Bemerkung von mir: ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Pastörs, Sie können sich solange setzen.

Lorenz Caffier, CDU: ... Da Sie uns ja immer vorwerfen, dass nur Sie die Geschäftsordnung beherrschen und wir sie nicht ordentlich lesen können, hätte ich natürlich auch eine Frage zu Ihren Änderungsanträgen. In der Geschäftsordnung des Landtages heißt es im Paragraphen 49 zum Thema Zweite Lesung: „Gegenstand der Zweiten Lesung ist der Gesetzentwurf, wenn eine Ausschussberatung nicht stattgefunden hat oder der Ausschuss die unveränderte Annahme oder die Ablehnung des Gesetzentwurfes empfohlen hat.“ Also die Kollegen, die gestern im Ausschuss beraten haben, haben festgestellt, und da war Ihr Kollege auch, jedenfalls habe ich ihn da anwesend gesehen, dass an dem Gesetz eine Reihe von Änderungen vorgenommen worden sind.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Insofern reden wir heute über die Beschlussempfehlung des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern zu diesem Gesetzentwurf.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das ist korrekt. –
Michael Andrejewski, NPD: Das haben wir ja auch gar nicht bestritten.)

Insofern müssen Sie sich in Ihrem Änderungsantrag auch einmal entscheiden,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

was Sie in der Überschrift meinen oder was Sie in dem Inhalt meinen, denn dort steht Äpfel und Birnen.

(Beifall bei Abgeordneten der
SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Ausgangspunkt ist jetzt für dieses Parlament die Beschlussempfehlung des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern vom gestrigen Tage.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Also gehen wir einmal davon aus, dass Sie dieses auch so meinen. Aber dann müssen Sie es natürlich auch niederschreiben. Und damit es dem Parlament nicht versäumt bleibt, dass Sie hier nicht nur ...

(Stefan Köster, NPD: Wann sprechen Sie endlich zum Abgeordnetengesetz?)

Ich rede über das Abgeordnetengesetz,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

denn meines Wissens sind Ihre Änderungsanträge doch Bestandteil des Abgeordnetengesetzes.

(Michael Andrejewski, NPD: Noch nicht. –
Heiterkeit bei Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Und damit die Kolleginnen und Kollegen auch wissen, worauf sich Ihre Änderungsanträge beziehen, nämlich nicht ausschließlich auf die Frage Richterbesoldung, die beziehen sich natürlich auch auf die Frage Führungszeugnis.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:

Ja, richtig. – Dr. Armin Jäger, CDU:

Richtig. – Stefan Köster, NPD:

Da haben wir ja auch gar kein Problem mit. –
Udo Pastörs, NPD: Lenken Sie doch nicht ab! –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich lenke überhaupt nicht ab, ich rede über Ihre Änderungsanträge.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: 41!)

Ich kann überhaupt nicht verstehen, warum Sie jetzt so laut werden. Sie wollen das gestrichen haben.

(Heike Polzin, SPD: Warum haben Sie es eigentlich nicht getan? – Stefan Köster, NPD:
Sie werden schon noch merken, dass wir damit kein Problem haben.)

Sie wollen das gestrichen haben

(Dr. Armin Jäger, CDU: Warum wohl?)

und wir sind der Auffassung, dass in diesem Landtag Mecklenburg-Vorpommern Leute, die vorbestraft sind, nicht als Mitarbeiter tätig sein sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
Linkspartei.PDS – Dr. Armin Jäger, CDU:
Jawohl. – Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Stefan Köster, NPD)

Das vergessen Sie doch dann geflissentlich,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

nicht auch den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes ...

(Stefan Köster, NPD: Warum nehmen Sie denn keine Spitzel da mit auf? Stasiverbündete? Warum das nicht? – Michael Andrejewski, NPD:
Oder Vorbestrafte in Ihren eigenen Reihen.
Mir ist einer bekannt, Graf Lambsdorff. –
Udo Pastörs, NPD: Nein, der sitzt hier.
Nicht nur Graf Lambsdorff, der sitzt hier. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Sie können hier ausführen, wie Sie es für richtig halten. Auch da lesen Sie es nicht bis zu Ende. Es gibt ein Abgeordnetengesetz, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, ist das der Paragraph 48, da ist die Frage der Überprüfung von MfS geregelt, im Prinzip der Freiwilligkeit. Das hat dieses Parlament beim letzten Mal gemacht. Ich gehe davon aus, dass es demnächst einen ähnlichen Beschluss auch für dieses Mal gibt.

(Michael Andrejewski, NPD: Warum nicht freiwillig Führungszeugnisse?)

Und insofern gibt es da eine klare Regelung.

(Michael Andrejewski, NPD: Die ist nicht klar. Die Freiwilligkeit ist nicht klar.)

Wir haben uns dazu entschieden – ich kann jetzt nur für meine Fraktion sprechen –, dass die Fraktion dies in Gänze tun wird.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Selbstverständlich.)

Von Ihnen habe ich dazu noch nichts gehört. Es steht Ihnen ja offen, dies zu tun.

(Stefan Köster, NPD: Wir fordern die Pflicht!)

Insofern gibt es alle Möglichkeiten. Wir sind der Auffassung, dass dieses Gesetz – und das muss man eben auch, wenn man hier jetzt Reden führt und sehr laut redet – in der Vergangenheit bereits außerordentlich ausführlich diskutiert und beraten worden ist, und zwar auch sehr kontrovers. Das muss man dazusagen. Aber es ist nun einmal so, dass der neue Landtag die Regelungen zu bestimmen hat. Und dies haben wir hier und heute beziehungsweise am Montag mit dem Gesetzentwurf und der sich daran anschließenden Beratung gemacht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Deswegen empfehlen wir dem Parlament die Gesetzesannahme in der Beschlussempfehlungsfassung, wie sie Ihnen heute hier vorliegt. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Caffier, gestatten Sie jetzt die Anfrage des Abgeordneten Pastörs?

Lorenz Caffier, CDU: Ja.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Udo Pastörs, NPD: Erst mal zwei Dinge ...

(Tonausfall)

Lorenz Caffier, CDU: Ich höre Sie.

Udo Pastörs, NPD: Das reicht mir nicht, Herr Caffier.

Lorenz Caffier, CDU: Kann ich auch nichts dafür.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Udo Pastörs, NPD: Erstens haben wir nie behauptet, dass wir die Geschäftsordnung ...

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Pastörs! Herr Abgeordneter Pastörs!

Udo Pastörs, NPD: ... allein beherrschen.

Lorenz Caffier, CDU: Darf ich einmal ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Pastörs, gemäß der Geschäftsordnung Paragraph 81 Absatz 4 sind Zwischenfragen an den Abgeordneten kurz und präzise zu stellen und dürfen keine Meinungsäußerungen beinhalten. Ich bitte Sie also, Ihre Frage an den Abgeordneten zu stellen.

Udo Pastörs, NPD: Herr Caffier, wie begründen Sie die Diätenerhöhung um den Betrag und mit den danach ausformulierten Modalitäten, dass er dann automatisch sich auch erhöht in den Betrag, draußen für Ihre Wählerschaft? Das würde mich einmal interessieren.

Lorenz Caffier, CDU: Sie wissen ja, im Vorfeld ist die Diskussion schon geführt worden, dass wir nun einmal die Aufgabe haben, aber auch entsprechend des Grundgesetzes ...

Udo Pastörs, NPD: Das war nicht meine Frage.

Lorenz Caffier, CDU: Sie haben mir eine Frage gestellt, also müssen Sie mir die Möglichkeit geben, die Ausführungen dazu zu machen.

Entsprechend des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes ist ganz klar geregelt, dass Abgeordnete dieses Landtages von Mecklenburg-Vorpommern und in allen anderen Landtagen und Bundestagen eine angemessene Entschädigung erhalten sollen und diese auch selber entscheiden müssen. Das ist nun einmal im Grundgesetz und in der Verfassung so geregelt, da kommen wir nicht umhin.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es. Das erkennt er nicht an.)

Insofern hat dieses Parlament in einer sehr langwierigen Diskussion dem neuen Parlament empfohlen, sich adäquat an einer Berufsgruppe in diesem Land zu orientieren, damit es eine Grundlage gibt und wir nicht jedes Jahr diese Beschlusslage neu oder anders machen.

Udo Pastörs, NPD: Das weiß ich alles. Das kennt man doch. Das habe ich gelesen.

Lorenz Caffier, CDU: Das ist ja schön, wenn Sie mich verstehen. Dann bin ich ja ganz beruhigt, dann es hat ja schon einen Fortschritt gebracht.

Udo Pastörs, NPD: Sehen Sie!

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Lorenz Caffier, CDU: Es ist einfach so, dass wir uns entschieden haben für die Richterbesoldungsgruppe R2 und auf Grundlage dieser gegebenenfalls auch einen dementsprechenden Zuwachs haben können. Es ist ja nicht automatisch vorausgesetzt, dass es diesen gibt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Dieses ist klar geregelt in unserem Gesetz. Insofern halten wir die Regelung für richtig. Und den Bund der Steuerzahler können Sie ja nun nicht unbedingt als ...

Udo Pastörs, NPD: Habe ich gelesen. Habe ich gelesen.

Lorenz Caffier, CDU: Ja, das ist ja schön, wenn Sie das gelesen haben.

... beispielsweise jemanden benennen, der dem Parlament und den Behörden vollkommen unkritisch gegenübersteht. Er hat gesagt, das ist eine gute Lösung und das Paket, das Mecklenburg-Vorpommern auf den Weg

gebracht hat, ist im Vergleich zu anderen Flächenländern ein Durchschnittsbetrag und kann dementsprechend mitgetragen und als eine gute Lösung empfohlen werden. Das sehe ich zumindest als einen kleinen Ritterschlag für diejenigen an, die maßgeblich an diesem Paket mitgebaut haben.

Udo Pastörs, NPD: Ritterschlag! Ritterschlag!

Lorenz Caffier, CDU: Ich weiß, dass es andere Diskussionen gibt. Es gibt auch die Diskussion, dass nordrhein-westfälische Modell zu machen. Das ist in diesem Landtag sehr ausführlich diskutiert worden. Aber da ist eben die Mehrheit der Auffassung, dass wir genauso ...

Udo Pastörs, NPD: Bla, bla, bla, bla!

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS – Heike Polzin, SPD: Das kann doch wohl nicht wahr sein! – Volker Schlotmann, SPD: Das ist unerhört! – Heike Polzin, SPD: Das steht Ihnen doch nicht zu! – Beate Schlupp, CDU: Ordnungsruf!)

Lorenz Caffier, CDU: Herr Pastörs, auch die Kinderstube muss bei Ihnen gelitten haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Aus diesem Grund sind wir der Auffassung, dass wir das auch unseren Wählerinnen und Wählern in allen Schichten und Fraktionen und in allen Bevölkerungsgruppen draußen erklären können. Wir müssen uns nicht dafür schämen, dass wir hier im Parlament versuchen, die Interessenvertreter von vielfältigen Bevölkerungsgruppen zu sein. Und da wir hier eine Aufgabe wahrzunehmen haben und auch nicht der Vorwurf sein soll, dass man – der natürlich immer von Ihnen kommt – bestechlich und korrupt ist

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

oder eine Politikerkaste und was Sie hier alles schon von sich gegeben haben, ist es geradezu notwendig, dass wir auch nicht sagen: Wir stehen hinter der Berufsgruppe X, Y oder Z. Aus diesem Grund halten wir diesen Weg und diesen Mechanismus für eine ausgezeichnete Lösung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Caffier, gestatten Sie eine weitere Frage des Abgeordneten Pastörs?

Lorenz Caffier, CDU: Ja.

Udo Pastörs, NPD: Ich hatte gefragt, wie Sie den Notleidenden Menschen hier in diesem Land diese ausgezeichnete Lösung, wie Sie es gerade formulierten, erklären wollen. Was ich gehört habe, war leider nur bla, bla, bla!

(Heike Polzin, SPD: Er kommentiert.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Pastörs, bitte keine Bemerkungen.

Lorenz Caffier, CDU: Herr Pastörs, Herr Pastörs, ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Caffier, einen kleinen Moment.

Herr Pastörs, Sie haben eine Frage gestellt. Bis zur Beendigung der Anfrage bleiben Sie bitte am Mikrophon stehen, ansonsten zählt das nicht mehr als Frage.

(Volker Schlotmann, SPD: Ja, ja, so sind sie. – Heinz Müller, SPD: Das hat sich erledigt.)

Danke schön, Herr Abgeordneter Caffier.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Gibt es weitere Wortmeldungen?

Herr Roolf, bitte schön, Herr Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion, Sie haben das Wort.

Michael Roolf, FDP: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Fraktion der FDP sieht in diesem Gesetzentwurf, den wir hier vorliegen haben, einen Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall und Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Wir schauen uns dieses Gesetz an nach den entscheidenden Kriterien, was in diesem Gesetz geregelt werden sollte und wie wir selbst mit diesen Regelungen umgehen. Das Erste, was zu regeln ist, ist die Finanzierung unserer Fraktionen, der Arbeit im Parlament. Wir haben in diesem Gesetz zur Kenntnis zu nehmen, dass wir als FDP einen deutlich geringeren Beitrag bekommen, als die Rahmenbedingungen der vorhergehenden Legislaturperiode es uns ermöglicht haben. Unsere Betrachtungsweise war aber nicht die Summe, sondern unsere Betrachtungsweise ist die Tatsache,

(Udo Pastörs, NPD: Das war der Posten, den Sie eingeheimst haben!)

ob wir mit diesen Finanzmitteln eine ordentliche qualitativ hochwertige Arbeit hier im Parlament leisten können. Wir sind zu der Erkenntnis gekommen, dass die Finanzausstattung in diesem Bereich uns diese qualitative Arbeit hier im Hause ermöglicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Ein zweiter Ansatz ist die finanzielle Entlohnung, die Besoldung der Abgeordneten hier im Haus gewesen. Auch dort ist es eine Grundforderung liberaler Politik, dass wir, die Abgeordneten, die über ihre Gehälter selbst entscheiden können, uns eine externe Größe als Vergleichsmaßstab nehmen sollten. Und ich denke, den Worten von Herrn Caffier ist in der Begründung wenig hinzuzufügen. Wir haben eine externe Größe, wir haben damit nicht den Anspruch oder die Situation, dass wir es selbst willkürlich entscheiden,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

sondern es gibt eine Bezugsgröße. Von der Warte aus sind auch dort nach unseren Kriterien die Rahmenbedingungen für ein Gesetz erfüllt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wir wollen aber auch auf zwei Dinge hinweisen, mit denen wir anschließend mit den Damen und Herren von der SPD, von der CDU und auch von der Linkspartei.PDS sehr gern ins Gespräch kommen möchten. Das eine ist, dass wir hier im Hause die Verantwortung haben, uns ein Konzept zu überlegen und Ansätze zu denken beginnen, wie wir Abgeordneten auch unserer Verpflichtung der Eigenverantwortung für unsere Altersvorsorge ein Stückchen näher kommen.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Ich biete Ihnen hiermit ausdrücklich an, dass Sie mit uns

als Fraktion dahin gehend ins Gespräch kommen. Das heißt klar und deutlich nicht ein Gespräch über ein Nordrhein-Westfalen-Modell, wie immer es auch aussieht, sondern Signale für die Bevölkerung im Land zu setzen, dass wir als Abgeordnete uns sehr wohl Gedanken darüber machen,

(Der Abgeordnete Udo Pastörs
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

wie wir ein Stückchen Eigenverantwortung für unsere Altersvorsorge hier selbst aufbauen sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Und ein weiterer Bereich, der für uns sehr wichtig ist, ist, dass wir gern als Fraktion zur Verwendung der Mittel, die der Staat, die das Land uns zur Verfügung stellt, zeitnah in ein Controlling reingehen wollen – nicht wie in anderen Bundesländern, wo ganz bestimmte Fraktionen Gelder fremd verwenden für Landtagswahlkämpfe, für andere Dinge –, dass wir uns in kürzeren Abständen überlegen, dass der Landesrechnungshof unsere Unterlagen in den Fraktionen überprüft, damit kontrolliert werden kann, ob wir wirklich in den Fraktionen ordnungsgemäß mit den Geldern umgehen, und damit wir den Bürgern nachweisen können, dass wir, diejenigen, die demokratische, ordentliche, seriöse Arbeit hier machen wollen, auch den Anspruch einer Kontrolle, eines Controllings für uns gelten lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und FDP)

Genauso wie ein Unternehmer mit einer Betriebsprüfung des Finanzamtes sollten wir uns selbst auch überprüfen lassen.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Roof gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Pastörs?

Michael Roof, FDP: Nein, denn es sind keine Fragen, es sind Provokationen,

(Heike Polzin, SPD: Richtig.)

das bringt uns nicht weiter.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und FDP)

Ich denke, damit sind die Aspekte, warum die FDP-Fraktion diesem Gesetzentwurf zustimmt, hinlänglich für das Parlament dargelegt. Und ich kann an dieser Stelle sagen, dass wir als Fraktion diesem Gesetzentwurf so zustimmen werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der
SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Roof.

Es hat jetzt ums Wort gebeten die Fraktionsvorsitzende der Linkspartei.PDS Frau Gramkow. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind in diesem Parlament alle demokratisch gewählt. Wie wir allerdings mit dieser demokratischen Wahl umgehen, das sollte hier nicht unwidersprochen bleiben. Und ich empfinde es als schändlich und heuchlerisch, wie Sie auf dem Rücken der Probleme von Menschen in unserem Land

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

hier Ihre propagandistische Show abziehen, Herr Köster!

(Beifall bei Abgeordneten der
SPD, CDU und Linkspartei.PDS –
Stefan Köster, NPD: Sie kümmern
sich gar nicht um die Menschen.)

Denn wenn es Ihnen wirklich um die Probleme von Menschen in unserem Land geht, die in unseren Wahlkreisbüros um Unterstützung und Hilfe suchen, die in Vereinen und Verbänden, bei Gewerkschaften, in den Betrieben und Unternehmen mit uns die Gespräche führen und um Lösungsansätze streiten, dann hätten Sie hier Lösungen für diese Probleme angeboten

(Stefan Köster, NPD: Zum Abgeordnetengesetz?)

und nicht suggeriert, nur weil ihr eure Diäten hier erhöht, lösen wir die Probleme des Landes. Das ist eine Frechheit!

(Beifall bei Abgeordneten der
SPD, CDU und Linkspartei.PDS –
Stefan Köster, NPD: Sie verpassen das Thema.)

Ja, wer das Thema wohl verlassen hat?!

Sie haben in Ihren Änderungsanträgen – Herr Köster hat mir unterstellt, ich hätte sie nicht bearbeitet, doch, ich habe sie in der Pause bearbeitet – beantragt, die Grund- und Aufwandsentschädigungen der Abgeordneten generell zu streichen,

(Michael Andrejewski, NPD: Das ist falsch! –
Lorenz Caffier, CDU: Das steht aber in den
Anträgen drin. – Udo Pastörs, NPD:
Das ist falsch, das ist falsch!)

das Führungszeugnis abzuschaffen, die Fraktionsfinanzierung zu streichen aus dem Gesetzentwurf,

(Michael Andrejewski, NPD: Das ist falsch!
Sie haben es nicht richtig gelesen.)

die Verkündung des Gesetzes durch die Präsidentin nicht zuzulassen

(Stefan Köster, NPD: Richtig. –
Michael Andrejewski, NPD:
Das ist allerdings richtig. –
Udo Pastörs, NPD: Das ist richtig.)

und so weiter und so fort. Ich frage Sie ernsthaft, ob Sie überhaupt ein Abgeordnetengesetz wollen und wenn, mit welchem Inhalt,

(Raimund Borrmann, NPD: Es gibt
doch ein gewisses Abgeordnetengesetz. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD –
Dr. Armin Jäger, CDU: Die brauchen keine
Gesetze, da reichen Ermächtigungsverordnungen.)

denn Sie haben keins beantragt. Und Sie haben immer noch nicht verstanden, dass dieser neue Landtag das neue Abgeordnetengesetz beschließen muss

(Raimund Borrmann, NPD: Nein.)

und das alte nicht automatisch weiter gilt.

(Michael Andrejewski, NPD: Sie können
doch das alte wieder neu beschließen.)

Das ist eine juristische Frage und keine politische Einschätzung.

Und noch einmal zu den Unterstellungen: Wir haben seit Jahren insbesondere – übrigens heißt es „Die Linkspartei“

tei.PDS“, das sollten Sie sich vielleicht angewöhnen,

(Zuruf von Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS)

auch wenn mich inzwischen der Zusatz „Kommunisten“ sehr ehrt – ...

(Michael Andrejewski, NPD: Uns verwirren diese ständigen Änderungen.)

Sie sollten sich vielleicht die politische Auseinandersetzung doch anschauen

(Heiterkeit bei Abgeordneten der NPD)

und Sie sollten sich auch die Argumente, die ausgetauscht wurden, wirklich angucken. Dann werden Sie wissen, dass es zur Diätenentwicklung, zum Anpassen der Altersversorgung und so weiter immer transparente öffentliche Debatten gegeben hat, nicht nur in diesem Parlament, sondern mit unseren Wählerinnen und Wählern vor Ort und auf der Straße. Und diese Auseinandersetzung hat in diesem Landtag keiner gescheut, auch wenn wir unterschiedliche Auffassungen in Umsetzung des Abgeordnetengesetzes hatten.

(Udo Pastörs, NPD: Öffentliche Besprechungen garantieren keine Gerechtigkeit.)

Und wenn Sie hier suggerieren, dass die Diätenerhöhung, die real zu dem bisherigen Gesetz 200 Euro beträgt, unzulässig ist, dann kann das Ihre politische Auffassung sein. Wenn Sie andererseits damit suggerieren, dass, wenn wir dieses nicht tun, wir die Betroffenheit der Hartz-IV-Empfänger lösen, dann hätte ich erwartet, dass Sie zum Einsatz für die Menschen sagen, was ist die Alternative. Die Alternative der Linkspartei.PDS ist ganz klar: Hartz IV darf so nicht bleiben, denn es ist Armut per Gesetz.

(Udo Pastörs, NPD: Warum haben Sie denn nicht dagegengestimmt im Bundesrat, Sie Heuchler?)

Wir haben im Bundesrat als Land Mecklenburg-Vorpommern sehr wohl dagegengesprochen.

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Sie müssen sich mal erkundigen nach dem Mechanismus im Bundesrat! – Regine Lück, Die Linkspartei.PDS: Informieren Sie sich mal!)

Und wir haben in diesem Zusammenhang ...

(Michael Andrejewski, NPD: Als Landesregierung haben Sie akzeptiert. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Herr Pastörs, im Bundesrat gibt es keine Gegenstimme, sondern nur eine Enthaltung.

(Lorenz Caffier, CDU: Zustimmung oder Ablehnung.)

Sie sollten sich vielleicht dort einmal die Geschäftsordnung anschauen.

(Udo Pastörs, NPD: Das habe ich gerade ausgeführt.)

Ich möchte aber noch erwähnen – Sie haben vom Niedriglohnbereich geredet –, es gab in diesem Land sehr viele Aktivitäten über die Regierungsfaktionen hinweg bis zum Landtag, um in diesem Bereich etwas zu tun, von Unternehmensfinanzierung bis Unterstützung von Arbeitsverhältnissen, aber ich habe kein Wort gehört, dass die Alternative von Ihnen zum Niedriglohn Mindestlohn in Mecklenburg-Vorpommern heißen würde. Inso-

fern sage ich Ihnen, Sie müssen noch viel lernen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Stefan Köster, NPD: Sie sollten unser Wahlprogramm lesen.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Gramkow.

Weil sich die Ordnungsrufe summieren, erteile ich die Ordnungsrufe dann am Schluss der Debatte.

(Heiterkeit bei Irene Müller, Die Linkspartei.PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Und dann schmeißen Sie sie raus, richtig.)

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Dankert.

Reinhard Dankert, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hoffe nicht, dass ich zu der Ordnungsrufanhäufung beitragen werde.

Herr Pastörs, Sie hatten gefragt: Wie erklären Sie es den Leuten da draußen? Wir haben natürlich über das gesamte Abgeordnetengesetz, insbesondere über die Regelungen für Mitarbeiter mit dem Führungszeugnis, auch mit den Leuten geredet.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Und ich höre da ganz andere Meinungen:

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Wieso macht ihr es auch nicht für bestimmte Abgeordnete?

(Zuruf von der SPD: Kommt noch, kommt noch!)

Da gucke ich bewusst nach rechts. Man sollte ...

(Michael Andrejewski, NPD: Jaja, Graf Lambsdorff ist nicht hier.)

Wir wissen, dass der nächste Tagesordnungspunkt ohne Aussprache ist. Und deswegen beende ich an diesem Punkt auch meine Bemerkungen dazu. Sie können sich dann selbst zusammenreimen, was ich damit meine.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wo sind wir denn hier? Es ist schon peinlich genug. – Stefan Köster, NPD: Wir stimmen dem Tagesordnungspunkt auch zu.)

Da wir aber in diesem Hause nicht nach Stammtisch und nach Meinungen, vielleicht berechtigten Meinungen, zu entscheiden haben, sondern Recht und Gesetz achten müssen, kann ich diesen Wählerinnen und Wählern nur sagen, das müssen sie dann schon selbst entscheiden, wen sie sich hier in dieses Parlament wählen. Es ist für mich aber unerträglich, dass gerade solche Abgeordneten in herausragenden Positionen von Fraktionen sind. In meiner Fraktion würde damit ganz anders umgegangen werden. Aber warten wir mal ab, was die nächste Zukunft bringt in dem Fall. Insofern müssen Sie auch mal respektieren, dass es noch andere Meinungen gibt, als Sie sie immer nur wahrnehmen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Die SPD-Fraktion wird im Übrigen den Änderungen zu diesem Gesetz, die wir auch im Ausschuss besprochen haben, zustimmen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und Michael Rooff, FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Dankert.

Für den Gebrauch des Begriffes „Sie Verbrecher“ durch den Abgeordneten Herrn Köster erteile ich Herrn Köster wegen der Beleidigung einen Ordnungsruf. Ich erteile gleichzeitig einen Ordnungsruf, in diesem Fall den zweiten des heutigen Tages, für den Gebrauch des Begriffes „Sie Heuchler“ gegenüber Frau Gramkow durch den Abgeordneten Herrn Pastörs. Und ich weise Sie ausdrücklich darauf hin, dass im Paragraphen 98 der Geschäftsordnung die darauf folgende Wortentziehung bei einem erneuten Zwischenfall die Folge ist.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von den Fraktionen der SPD, CDU und Linkspartei.PDS eingebrachten Entwurf eines 13. Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern (Abgeordnetengesetz) auf der Drucksache 5/10. Der vorläufige Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/10 entsprechend seiner Beschlussempfehlung auf der Drucksache 5/36 anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf die Überschrift sowie in Artikel 1 den Eingangssatz sowie die Nummern 1 bis 8 entsprechend der Beschlussempfehlung des vorläufigen Ausschusses.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/45 vor, soweit er die Nummern 1 bis 8 betrifft, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/45, soweit er die Nummern 1 bis 8 betrifft, bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD, ansonsten Ablehnung durch das Haus abgelehnt.

Wer der Überschrift und in Artikel 1 dem Eingangssatz sowie den Nummern 1 bis 8 entsprechend der Beschlussempfehlung des vorläufigen Ausschusses auf Drucksache 5/36 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit sind die Überschrift und in Artikel 1 der Eingangssatz sowie die Nummern 1 bis 8 entsprechend der Beschlussempfehlung des vorläufigen Ausschusses auf Drucksache 5/36 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP sowie Gegenstimmen durch die Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 die Nummer 9 entsprechend der Beschlussempfehlung des vorläufigen Ausschusses.

Hierzu liegt Ihnen der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/45 vor, soweit er die Nummer 9 betrifft, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf der Drucksache 5/45, soweit er die Ziffer 9 betrifft, bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD, ansonsten Ablehnung durch alle anderen Fraktionen des Hauses abgelehnt.

Die Fraktion der NPD hat gemäß Paragraph 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zu Artikel 1 Nummer 9 eine namentliche Abstimmung beantragt.

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der namentlichen Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Ich bitte nunmehr den Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat und dies tun möchte? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Ich schließe damit die Abstimmung. Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen, und unterbreche die Sitzung für etwa zwei Minuten.

Unterbrechung: 11.48 Uhr

Wiederbeginn: 11.52 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe Ihnen das Ergebnis der Abstimmung bekannt. An der Abstimmung haben insgesamt 67 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 61 Abgeordnete, mit Nein stimmten 6 Abgeordnete. Damit ist Artikel 1 Nummer 9 entsprechend der Beschlussempfehlung des vorläufigen Ausschusses auf Drucksache 5/36 angenommen.

Ich rufe nunmehr auf in Artikel 1 die Nummern 10 bis 15 entsprechend der Beschlussempfehlung des vorläufigen Ausschusses.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf der Drucksache 5/45 vor, soweit er die Nummern 10 bis 15 betrifft. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/45, soweit er die Nummern 10 bis 15 betrifft, zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/45, soweit er die Ziffern 10 bis 15 betrifft, bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD, ansonsten Ablehnung durch die anderen Fraktionen des Hauses abgelehnt.

Wer in Artikel 1 den Nummern 10 bis 15 entsprechend der Beschlussempfehlung des vorläufigen Ausschusses zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit sind in Artikel 1 die Nummern 10 bis 15 entsprechend der Beschlussempfehlung des vorläufigen Ausschusses auf Drucksache 5/36 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP sowie Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf die Artikel 2 und 3 entsprechend der Beschlussempfehlung des vorläufigen Ausschusses.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf der Drucksache 5/45 vor, soweit er die Artikel 2 und 3 betrifft, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/45, soweit er die Artikel 2 bis 3 betrifft, zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Stimment-

haltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/45, soweit er die Artikel 2 und 3 betrifft, bei Zustimmung der Fraktion der NPD, ansonsten Ablehnung durch das Haus abgelehnt.

Die NPD-Fraktion hat zwei Anträge zur Geschäftsordnung schriftlich gestellt, die ich gemäß der Geschäftsordnung hier vortragen möchte:

„Der Landtag möge beschließen:

Der Entwurf des 13. Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern (Abgeordnetengesetz) in der vom vorläufigen Ausschuss empfohlenen Fassung (Drs. 5/36) ist gemäß § 50 Abs. 3 an die noch zu bildenden Fachausschüsse zu überweisen.“

Herr Andrejewski, bitte zur Geschäftsordnung.

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU:
Da bin ich ja mal gespannt.)

Michael Andrejewski, NPD (zur Geschäftsordnung): Zur Begründung des Geschäftsordnungsantrages: Wir sind der Auffassung, dass der Gesetzentwurf in der vom vorläufigen Ausschuss empfohlenen Fassung heikle Rechtsfragen beinhaltet, die im vorläufigen Ausschuss nicht ausreichend diskutiert worden sind. Ich hatte nicht den Eindruck, dass Herr Caffier und die anderen Mitglieder sich dafür interessierten. Jedenfalls habe ich von ihnen nichts gehört zum Thema „Rückwirkung“. Das Gesetz soll rückwirkend in Kraft treten. Die Voraussetzungen einer Rückwirkung sind nach unserer Auffassung aber nicht einmal in Ansätzen vorhanden. Es ist ein überwiegendes öffentliches Interesse notwendig, das den Vertrauensschutz überwiegt, auch das Bestehen in das Gesetz. Und worin soll das überwiegende öffentliche Interesse liegen für eine Rückwirkung einer Diätenerhöhung ab 2008 bis 2011? Dass es rückwirkt zum 16. Oktober 2006, das halten wir für äußerst zweifelhaft. Damit sollte sich ein Rechtsausschuss noch einmal ausführlich befassen, ebenso mit der Befugnis oder der Ermächtigung, dass die Präsidentin das Gesetz verkünden dürfen soll, wenn in der Verfassung das Gegenteil steht oder etwas anderes, dass der Ministerpräsident die verfassungsgemäß zustande gekommenen Gesetze ausarbeitet, ausfertigt und dann verkünden lässt.

Die Begründung zu dem Gesetzentwurf ist äußerst dünn, weil es schon einmal gemacht worden ist. Aber ich wüsste nicht, dass es möglich ist, durch eine Art Gewohnheitsrecht einfach die Verfassung zu ändern oder zu ignorieren. Und aus dieser Auffassung heraus meinen wir, dass das noch einmal in Fachausschüssen, besonders im Rechtsausschuss, diskutiert werden sollte, nicht nur von mir angesprochen, sondern auch von den anderen diskutiert werden sollte, wenn das möglich wäre. Und eine Dritte Lesung beantragen wir, weil viel zu wenig Redezeit ... Ach so, Entschuldigung, Entschuldigung! Das war dann die Begründung dafür.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön für die Begründung.

Michael Andrejewski, NPD (zur Geschäftsordnung): Soll ich gleich hier bleiben oder erst einmal zurück?

Vizepräsident Andreas Bluhm: Lassen Sie uns erst abstimmen und dann kommen Sie noch einmal.

Wird das Wort zur Gegenrede gewünscht zu dem Geschäftsordnungsantrag?

Herr Caffier, bitte schön.

Lorenz Caffier, CDU (zur Geschäftsordnung): Damit das nicht im Raum stehen bleibt, selbstverständlich ist auch über diese Fragen gesprochen worden. Ich möchte nur noch einmal feststellen, dass die Ausführungen, die hier getätigt wurden, im Ausschuss gestern nicht gemacht worden sind.

(Michael Andrejewski, NPD:
Ich mag das Plenum lieber.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Damit ist der Antrag zur Geschäftsordnung durch die Fraktion der NPD begründet und eine Gegenrede erfolgt. Soll ich den Antrag noch einmal verlesen?

Herr Pastörs, bitte.

Udo Pastörs, NPD (zur Geschäftsordnung): Wir beantragen, dass der Antrag noch einmal verlesen wird.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Das tue ich dann.

Antrag der NPD-Fraktion zur Geschäftsordnung:

„Der Landtag möge beschließen:

Der Entwurf des 13. Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern (Abgeordnetengesetz) in der vom vorläufigen Ausschuss empfohlenen Fassung (Drs. 5/36) ist gemäß § 50 Abs. 3 an die noch zu bildenden Fachausschüsse zu überweisen.“

Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Geschäftsordnungsantrag der Fraktion der NPD, soweit er hier die Überweisung gemäß Paragraph 50 Absatz 3 an die Fachausschüsse, die noch zu bilden wären, vorsieht, mit Zustimmung der Fraktion der NPD, ansonsten Ablehnung durch die anderen vier Fraktionen des Hauses abgelehnt.

Ich rufe nunmehr auf den weiteren Geschäftsordnungsantrag, der beinhaltet, dass der Entwurf des 13. Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern (Abgeordnetengesetz) in der vom vorläufigen Ausschuss empfohlenen Fassung auf Drucksache 5/36 gemäß Paragraph 47 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung in einer Dritten Lesung zu behandeln ist.

Ich habe dieses vor der letzten Einzelabstimmung aufzurufen, deswegen diese entsprechenden Anträge an dieser Stelle.

Zur Begründung hat noch einmal das Wort für diesen Geschäftsordnungsantrag der Abgeordnete Andrejewski.

Michael Andrejewski, NPD (zur Geschäftsordnung): Wir meinen, dass so schwerwiegende und weitgehende gesetzliche Regelungen wie in dieser Änderung des Abgeordnetengesetzes nicht in erster Linie in nicht öffentlichen Ausschüssen beraten werden sollten, sondern ausführlich in erster Linie im Plenum vor den Augen der Öffentlichkeit. Da dies nun in der Zweiten Lesung nicht geschehen ist, beantragen wir eine Dritte Lesung in

der Hoffnung, dass es da vielleicht geschehen könnte. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Ich lese den Antrag auch noch einmal vor, sicher ist sicher.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, Irene Müller, Die Linkspartei.PDS, und Udo Pastörs, NPD – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Meine Damen und Herren!

„Antrag

der Fraktion der NPD

Zur Geschäftsordnung

Der Landtag möge beschließen:

Der Entwurf des 13. Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern (Abgeordnetengesetz) in der vom vorläufigen Ausschuss empfohlenen Fassung (Drs. 5/36) ist gemäß § 47 Satz 2 in der Dritten Lesung zu behandeln.“

Wer diesem Antrag zur Geschäftsordnung zuzustimmen wünscht, den bitte ich ums Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch dieser Geschäftsordnungsantrag bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP abgelehnt.

Die Fraktion der NPD hat gemäß Paragraf 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zu den Artikeln 2 und 3 entsprechend der Beschlussempfehlung des vorläufigen Ausschusses eine namentliche Abstimmung beantragt. Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit dieser namentlichen Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium wieder namentlich aufgerufen und gebeten, von Ihrem Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Ich bitte den Schriftführer zu meiner Linken, jetzt die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hohen Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat und dies tun möchte? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann schließen wir die Abstimmung. Ich unterbreche die Sitzung für zwei Minuten, damit die Schriftführer das Abstimmungsergebnis feststellen können.

Unterbrechung: 12.06 Uhr

Wiederbeginn: 12.08 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. An der Abstimmung haben insgesamt 67 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 61 Abgeordnete, mit Nein stimmten 6 Abgeordnete. Damit sind die Artikel 2 und 3 entsprechend der Beschlussempfeh-

lung des vorläufigen Ausschusses auf Drucksache 5/36 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP sowie Gegenstimmen durch die Fraktion der NPD angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen entsprechend der Beschlussempfehlung ...

(Der Abgeordnete Michael Andrejewski meldet sich zur Geschäftsordnung.)

Herr Andrejewski, wir sind in der Abstimmung.

(Michael Andrejewski, NPD: Ich hatte vorhin einen Antrag gestellt, und zwar vor Ende der Schlussabstimmung.)

Das ist entschieden worden mit der Dritten Lesung. Das haben Sie im Geschäftsordnungsantrag, das haben wir schon abgestimmt.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja, ach so.)

Ja.

Also wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen entsprechend der Beschlussempfehlung des vorläufigen Ausschusses auf Drucksache 5/36 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung des vorläufigen Ausschusses auf Drucksache 5/36 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP sowie Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2:** Beschlussempfehlung des vorläufigen Ausschusses – Aufhebung der Immunität eines Mitgliedes des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, hier: Genehmigung zur Fortsetzung des Strafverfahrens gegen das Mitglied des Landtages Stefan Köster gemäß Schreiben des Vorsitzenden Richters am Landgericht Itzehoe vom 13. Oktober 2006, Drucksache 5/37.

Beschlussempfehlung des vorläufigen Ausschusses
Aufhebung der Immunität eines Mitgliedes des Landtages Mecklenburg-Vorpommern
hier: Genehmigung zur Fortsetzung des Strafverfahrens gegen das Mitglied des Landtages Stefan Köster gemäß Schreiben des Vorsitzenden Richters am Landgericht Itzehoe vom 13. Oktober 2006
Az.: 3 Ns 135/06

– **Drucksache 5/37** –

Nach Paragraf 70 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung entscheidet der Landtag über die Beschlussempfehlung des vorläufigen Ausschusses ohne Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des vorläufigen Ausschusses auf der Drucksache 5/37 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung des vorläufigen Ausschusses auf Drucksache 5/37 einstimmig angenommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 6. Dezember 2006, 10.00 Uhr ein. Es ist allerdings davon auszugehen, dass davor noch eine Sitzung gemäß der Verfassung zur Wahl des Ministerpräsidenten stattfinden wird. Der Termin wird dann im Ältestenrat gemäß der Geschäftsordnung zu vereinbaren sein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 12.11 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Harald Ringstorff und Jürgen Seidel.

Namentliche Abstimmung

über Artikel 1 Nummer 9 des Gesetzentwurfes
der Fraktionen der SPD, CDU und Linkspartei.PDS

Abgeordnetengesetz – 13. ÄndG AbgG M-V –

– Drucksache 5/10 –

entsprechend der Beschlussempfehlung des vorläufigen Ausschusses

– Drucksache 5/36 –

Jastimmen

SPD

Dr. Backhaus, Till
Baunach, Norbert
Borchert, Rudolf
Bretschneider, Sylvia
Brodkorb, Mathias
Dankert, Reinhard
Heydorn, Jörg
Dr. Körner, Klaus-Michael
Müller, Detlef
Müller, Heinz
Dr. Nieszery, Norbert
Peters, Angelika
Polzin, Heike
Schildt, Ute
Schlotmann, Volker
Schulte, Jochen
Schwarz, Thomas
Dr. Seemann, Margret
Sellering, Erwin
Tegtmeier, Martina
Dr. Timm, Gottfried
Dr. Zielenkiewitz, Gerd

CDU

Caffier, Lorenz
Fiedler-Wilhelm, Kerstin
Glawe, Harry
Holznagel, Renate
Dr. Jäger, Armin
Kuhn, Werner
Lenz, Burkard
Lietz, Matthias
Liskow, Egbert
Lochner-Borst, Ilka
Löttge, Mathias
Reinhardt, Marc
Ringguth, Wolf-Dieter
Rühs, Günter
Schlupp, Beate
Schubert, Bernd
Stein, Peter
Timm, Udo
Vierkant, Jörg
Dr. von Storch, Henning
Waldmüller, Wolfgang

Die Linkspartei.PDS

Bluhm, Andreas
Gramkow, Angelika
Holter, Helmut
Koplin, Torsten
Lück, Regine
Měšťan, Gabriele
Dr. Methling, Wolfgang
Müller, Irene
Ritter, Peter
Schwebs, Birgit
Dr. Tack, Fritz

FDP

Grabow, Ralf
Kreher, Hans
Leonhard, Gino
Ratjen, Sebastian
Reese, Sigrun
Roof, Michael
Schnur, Toralf

Neinstimmen

NPD

Andrejewski, Michael
Borrmann, Raimund
Köster, Stefan
Lüssow, Birger
Müller, Tino
Pastörs, Udo

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	67
Gültige Stimmen	67
Jastimmen	61
Neinstimmen	6
Enthaltungen	-

Namentliche Abstimmung

über Artikel 2 und 3 des Gesetzentwurfes der Fraktionen der SPD, CDU und Linkspartei.PDS Abgeordnetengesetz – 13. ÄndG AbgG M-V –

– Drucksache 5/10 –

entsprechend der Beschlussempfehlung des vorläufigen Ausschusses

– Drucksache 5/36 –

Jastimmen

SPD

Dr. Backhaus, Till
Baunach, Norbert
Borchert, Rudolf
Bretschneider, Sylvia
Brodkorb, Mathias
Dankert, Reinhard
Heydorn, Jörg
Dr. Körner, Klaus-Michael
Müller, Detlef
Müller, Heinz
Dr. Nieszery, Norbert
Peters, Angelika
Polzin, Heike
Schildt, Ute
Schlotmann, Volker
Schulte, Jochen
Schwarz, Thomas
Dr. Seemann, Margret
Selling, Erwin
Tegtmeier, Martina
Dr. Timm, Gottfried
Dr. Zielenkiewitz, Gerd

CDU

Caffier, Lorenz
Fiedler-Wilhelm, Kerstin
Glawe, Harry
Holznagel, Renate
Dr. Jäger, Armin
Kuhn, Werner
Lenz, Burkard
Lietz, Matthias
Liskow, Egbert
Lochner-Borst, Ilka
Löttge, Mathias
Reinhardt, Marc
Ringguth, Wolf-Dieter
Rühs, Günter
Schlupp, Beate
Schubert, Bernd
Stein, Peter
Timm, Udo
Vierkant, Jörg
Dr. von Storch, Henning
Waldmüller, Wolfgang

Die Linkspartei.PDS

Bluhm, Andreas
Gramkow, Angelika
Holter, Helmut
Koplin, Torsten
Lück, Regine
Měšťan, Gabriele
Dr. Methling, Wolfgang
Müller, Irene
Ritter, Peter
Schwebs, Birgit
Dr. Tack, Fritz

FDP

Grabow, Ralf
Kreher, Hans
Leonhard, Gino
Ratjen, Sebastian
Reese, Sigrun
Roof, Michael
Schnur, Toralf

Neinstimmen

NPD

Andrejewski, Michael
Borrmann, Raimund
Köster, Stefan
Lüssow, Birger
Müller, Tino
Pastörs, Udo

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	67
Gültige Stimmen	67
Jastimmen	61
Neinstimmen	6
Enthaltungen	-